

Wirtschaftsministerium hält IHK-Zuschuss für Hochschulbau für gerade noch vertretbar

Von Manfred Stockburger



Auf der bestehenden Lagerfläche der Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG) sollen Parkplätze für die Studenten entstehen. Foto: Andreas Veigel

Heilbronn - Ohne Sitzungsunterlage, ohne irgendwelche konkrete Fakten zu kennen, sollte die Vollversammlung der IHK Heilbronn-Franken im Juni den Millionenzuschuss der Kammer zum Neubauvorhaben der Hochschule durchwinken. Präsident Thomas Philippiak und Hauptgeschäftsführer Heinrich Metzger hatten dabei aber die Rechnung ohne die Wirtschaftsparlamentarier gemacht. Die bestanden nicht nur auf detaillierten Fakten, um über den Zuschuss entscheiden zu können, sondern per Abstimmung auch auf eine Sondersitzung des Gremiums.

Wofür das Geld ausgegeben werden soll, ist seit vergangener Woche immerhin öffentlich: Der Gasballon soll weichen und Platz für einen Hochschul-Neubau machen. Etwa 1000 Studenten sollen dann zwischen Eisenbahn und dem Zeag-Gebäude Platz zum Lernen finden.

Mietkosten

Ursprünglich hatte die Kammer zugesagt, bis zu zehn Jahre lang je 100 000 Euro Mietkostenzuschuss zu gewähren. Um für dieses Vorhaben zu werben, war Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach vor einem Jahr eigens nach Crailsheim gereist, weil die Vollversammlung dort tagte. Durch die Zusage von Wissenschaftsminister Peter Frankenberg, dass das Land die Mietkosten in Höhe von 450 000 Euro übernehmen wird, ist dieser Beschluss hinfällig geworden. Statt an der Miete soll sich die IHK nun an den Baukosten beteiligen.

Schon der Mietkostenzuschuss hatte im Januar für Ärger mit der IHK-Rechtsaufsicht, also dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium, geführt. Das Ministerium hatte damals erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Mietkostenzuschusses geäußert, die erst im März nach der Intervention des Heilbronner Staatssekretärs Richard Drautz zurückgestellt worden waren.

Zweifel

Wie von der Vollversammlung beauftragt hat Metzger jetzt beim Ministerium angefragt, ob ein Investitionskostenzuschuss kammerrechtlich zulässig wäre. In seiner Antwort beschreibt Ministerialdirigent Willi Waiblen ausführlich seine rechtlichen Zweifel, kommt dann aber zum Schluss, dass ein einmaliger Zuschuss in Höhe von einer Million Euro "gerade noch vertretbar" sei – und zwar "im Rahmen einer Gesamtabwägung insbesondere des auch im besonderen Landesinteresse liegenden dringlichen Ausbaus der Hochschule Heilbronn".

Diese Aussage bringt den Bundesverband für freie Kammern auf den Plan. "Im IHK-Gesetz steht nichts von einem besonderen Landesinteresse, das Einfluss auf die Entscheidung der Rechtsaufsicht haben könnte", sagt Bundesgeschäftsführer Kai Boeddinghaus. Er kündigt derweil an, dass er den Rechtsweg prüfen werde, falls die IHK den Zuschuss genehmigt. Ob und wann das geschehen wird, steht noch nicht fest. Einen Termin für die Sondersitzung gibt es noch nicht.